



## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Konstitutionelle Fragen (AFCO)**

Ausschussvorsitz: Franziska Halm (Leipzig), Adrian Schlossmacher (Koblenz)

#### **Die Frage nach der Zukunft der EU:**

***Wie kann sich die EU institutionell weiterentwickeln, um in demokratischen und föderalen Strukturen effektiver zu agieren?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. besorgt über die Anfälligkeit der Regelungen für politischen und wirtschaftlichen Missbrauch<sup>1</sup>,
  - B. Meinungsverschiedenheiten zwischen einzelnen Mitgliedsstaaten zur Kenntnis nehmend,
  - C. besorgt von kommunikativen und organisatorischen Defiziten auf (inter-) institutioneller Ebene, hinsichtlich des Beschlussfassungs- und Umsetzungsprozesses,
  - D. besorgt über die zunehmende EU-Skepsis der Bürger\*innen auf Grund von
    - a) fehlender Transparenz
    - b) unzureichendem Dialog zwischen der Union und ihrer Bürger\*innen sowie der Organe untereinander
    - c) mangelnder Aufklärung der Bürger\*innen über die EU <sup>2</sup>,
  - E. das Ziel einer weitergehenden demokratischen Legitimierung der EU vor Augen<sup>3</sup>,
  - F. unter Hinweis auf die fehlenden Konsequenzen bei der Durchsetzung von EU-Beschlüssen sowie der europäischen Rechtsnorm,
  - G. die kurzfristige Handlungsweise unter Rückführung auf fehlende Strategien der EU beklagend,
- 
- 1. plädiert für eine Vertiefung der föderalen Strukturen in Form einer klaren Zuständigkeitsregelung zwischen Union und Nationalstaaten;
  - 2. unterstützt die Schaffung eines doppelten Präsidentenamts für den Europäischen Rat und die Kommission zur
    - a) Optimierung der Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen Europäischer Kommission und Mitgliedsstaaten
    - b) Schaffung eines Ansprechpartners für Drittstaaten im Hinblick auf effektivere, föderale Strukturen;

---

<sup>1</sup> Siehe unzulängliche Formulierung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014, bezüglich der Zulassungskriterien für europäischen Parteien und Stiftungen

<sup>2</sup> Sich in geringer Wahlbeteiligung auf europäischer Ebene äußernd

<sup>3</sup> Siehe unzulängliche Formulierung der Verordnung (EU, Euratom) Nr. 1141/2014, bezüglich der Zulassungskriterien für europäischen Parteien und Stiftungen

3. fordert eine genauere Prüfung aller Regelungen durch die europäische Kommission und den Ausschuss AFCO zur Überprüfung bestehender Regelungen auf Missbrauch und ggf. zur Stellung eines Änderungsantrags;
4. beschließt die Änderung der Verordnung Nr. 1141/2014 des europäischen Parlaments und des Rates über das Statut und die Finanzierung europäischer politischer Parteien und Stiftungen zur
  - a) Zulassung der formellen Unterstützung einer europäischen politischen Partei nur durch nationale Parteien mit Verpflichtung der Veröffentlichung des Logos und der politischen Ziele ihrer europäischen Partnerpartei
  - b) Ermöglichung der Wiedereinziehung unrechtmäßig gezahlter Fördermittel bei Falschangaben auch von entscheidungstragenden Privatpersonen;
5. fördert gemeinsame Projekte der EU-Mitgliedsstaaten um den Dialog zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu unterstützen<sup>4</sup>;
6. schlägt dem Ausschuss CULT eine multimediale Aufklärungskampagne über die Aufgaben der EU und die eines geeinten Europas vor;
7. schlägt ein interinstitutionelles, digitales Netzwerk zur Vereinfachung der Kommunikation der Organe vor;
8. drängt zum Ausbau des Subsidiaritätsprinzips;
9. unterstützt die engere Zusammenarbeit aller Institutionen mit der europäischen Kommission beim Lokalisieren einer Verletzung einer Rechtsnorm;
10. regt zur Gründung des europäischen Nachrichtenkanals „ParlaFern“ zur Veröffentlichung von
  - a) vereinbarter Beschlüssen
  - b) Hintergründen der Beschlüsse
  - c) Projekten der EU zur Aufklärung der Bürger\*innen über die EU in der jeweiligen Landessprache der Mitgliedsstaaten;
11. verkündet feierlich eine Ausweitung der finanziellen Unterstützung des strukturierten Dialogs;
12. beschließt die Einführung transnationaler Wahllisten;
13. fordert die Lockerung des Einstimmigkeitsprinzips zu Gunsten der qualifizierten Mehrheit;
14. empfiehlt die Ausarbeitung detaillierter Strategien hinsichtlich EU-politischer Leitlinien mit langfristiger Zielstellungen in Form eines umfassenden 10-Jahresplanes;
15. fordert bei Rechtsverfahren gegen Mitgliedstaaten
  - a) eine verkürzte Rückmeldefrist der Staaten
  - b) einen effektiveren Klageprozess durch Aufstockung des Personals und eine erhöhte Bereitstellung von EU-Geldern aus dem Haushalt;
16. fordert einen europäischen Finanzminister;
17. fordert eine Vertragsreform des Vertrags über die Arbeitsweise der EU und des EU Vertrags durch das Gremium „GfV“;
18. begrüßt einen Erhalt des Spitzenkandidatensystems zur Wahl des Europäischen Parlaments;
19. gründet den Fond „FöFo“ zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
20. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

<sup>4</sup> siehe European Citizen Action Service (ECAS)



## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Kultur und Bildung (CULT)**

Ausschussvorsitz: Etienne Samuel Knorre (Halle), Emily Vontz (Wadern)

**Die Frage nach aktiver Beteiligung von Jugendlichen:  
*Welche Maßnahmen soll die EU ergreifen, um Jugendliche, besonders sozial benachteiligte und politikferne, in demokratische Entscheidungsprozesse einzubinden? Inwiefern kann die EU dazu beitragen, dass sie sich zu aktiven Bürgern entwickeln?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. alarmiert vom vorherrschenden Desinteresse Jugendlicher am politischen Geschehen,
  - B. das Ziel vor Augen, das Vertrauen der Jugend in die EU nachhaltig zu stärken,
  - C. unter Kenntnisnahme der geringen Berücksichtigung Jugendlicher in der EU-Politik,
  - D. beunruhigt von zu geringen Finanzmitteln für Erasmus+ ,
  - E. alarmiert von der wachsenden sozialen Ungleichheit und den damit verbundenen mangelnden Bildungschancen,
  - F. angesichts der unzureichenden Partizipationsmöglichkeiten für Jugendliche,
  - G. besorgt über den zu geringen Informations- und Kommunikationsaustausch über die Jugendpolitik zwischen den EU-Ländern,
  - H. alarmiert von der niedrigen Wahlbeteiligung bei Jugendlichen,
1. fordert eine politische Fokussierung auf jugendrelevante Themen in Form eines Jugend-Checks zur Prüfung von Gesetzesentwürfen auf allen politischen Ebenen;
  2. empfiehlt die Senkung des aktiven Wahlrechts sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene auf 16 Jahre für eine Testphase von jeweils zwei Legislaturperioden;
  3. erstrebt die verstärkte Nutzung von sozialen Netzwerken und anderen Internetplattformen zum
    - a) Informieren von Jugendlichen in verständlicher Sprache über politische Themen
    - b) Ermöglichen eines Austausches zwischen Jugendlichen
    - c) Ermöglichen des Austausches zwischen Jugendlichen und Politikern;
  4. subventioniert Förderprogramme von Erasmus+ insbesondere im Bereich der Austauschaktivitäten und der Sportprogramme speziell zur Integration sozial benachteiligter Jugendlicher;
  5. erinnert an Artikel 24 der EU-Charta der Grundrechte;

6. drängt auf kostenlose Hilfsprogramme und Zuschüsse für Lernmaterial für sozial benachteiligte Jugendliche;
7. unterstützt Studien zur sozialen Mobilität;
8. subventioniert den Ausbau und die Präsenz von Berufsinformationszentren und kostenlosen Workshops dieser sowie besserer Zusammenarbeit mit diversen Ausbildungsstätten;
9. führt eine jährliche Konferenz der EU-Mitgliedsstaaten zur Verbesserung der Jugendpartizipationsmöglichkeiten und der politischen Bildung ein;
10. fördert sowohl die Entwicklung von Jugendbeteiligungsprogrammen wie
  - a) Jugendparlamenten
  - b) Planspielenauf allen politischen Ebenen als auch deren öffentliche Präsenz;
11. führt eine Kampagne zur Aufklärung über die politischen und beruflichen Zukunftschancen Jugendlicher ein, unter anderem durch
  - a) Ausweitung auf alle sozialen Medien
  - b) Einführung eines YouTube Kanals
  - c) eine Fernsehshow
  - d) Plakate an öffentlichen Plätzen;
12. hält eine verstärkte Bewerbung des Strukturierten Dialogs besonders an Schulen und die Miteinbeziehung der erarbeiteten Lösungsansätze des Strukturierten Dialogs in politische Handlungsstränge;
13. richtet besondere Aufmerksamkeit auf die Vermittlung von Demokratie durch verstärkte Partizipationsmöglichkeiten im Schulalltag;
14. bestärkt die Weiterführung der Jugendstrategie;
15. empfiehlt eine möglichst frühe Einführung von Politikunterricht zur Vermittlung demokratischer Grundlagen;
16. fordert die Einführung von Junior-Wahlen in allen Schulen der Mitgliedsstaaten;
17. begrüßt die Kenntnisnahme der Ergebnisse der Junior-Wahlen;
18. gründet den Fond „Youth“ zur Finanzierung aller hier aufgeführten Maßnahmen;
19. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.



## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Entwicklung (DEVE)**

Ausschussvorsitz: Maria Morschheuser (Bremen), Timo Reidenbach (Erfurt)

### **Die Frage nach der Bekämpfung von Fluchtursachen: *Welche Maßnahmen kann die EU ergreifen, um Fluchtursachen in den Subsahara-Staaten vorzubeugen und langfristige Stabilität zu gewährleisten?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. in Kenntnis über die mangelnde Aufklärung hinsichtlich der Diskriminierung von Minderheiten und der fehlenden Gleichberechtigung der Geschlechter,
- B. angesichts der geschwächten regionalen Wirtschaft Afrikas aufgrund
  - a) der Nutzung afrikanischer Ressourcen von außerkontinentalen Betrieben,
  - b) von Nichteinhaltung der festgelegten Schutzzölle,
  - c) der weitreichenden Nutzung Afrikas als Absatzmarkt,
- C. besorgt über die instabilen politischen Systeme in den Subsahara-Staaten aufgrund
  - a) mangelhafter Regierungsführung,
  - b) unzureichender Demokratie,
  - c) fehlender Transparenz,
  - d) lückenhafter politischer Aufklärung,
  - e) weitverbreiteter Korruption,
- D. beunruhigt über die hohe Arbeitslosenquote in der Subsahara durch
  - a) fehlende schulische Bildung,
  - b) mangelhaft ausgebaute Infrastruktur,
  - c) unzureichende Modernität und Diversität der Wirtschaft,
  - d) fehlende Arbeitsplätze,
- E. alarmiert von dem voranschreitenden Klimawandel und den daraus resultierenden Dürreperioden und Missernten,
- F. im Bewusstsein über
  - a) die starke Abhängigkeit der afrikanischen Wirtschaft von europäischen Fördergeldern,
  - b) fehlende Eigenständigkeit der Wirtschaft der Subsahara-Staaten,
- G. tief besorgt über das unzureichende Gesundheitssystem hinsichtlich des Umfangs und der Qualität,
- H. erkennt die Ungleichheit der beteiligten Parteien bei der Ausarbeitung der WPA und den großen Druck der EU zur Ratifizierung der Abkommen an,
- I. alarmiert von der hohen Waffengewalt in einigen Subsahara-Staaten,

- J. daran erinnernd, dass im Kindergarten die Basis für den Umgang mit Mitmenschen gelegt wird,
1. appelliert an die UN die Nichteinhaltung der Menschenrechte konsequent zu sanktionieren;
  2. begrüßt den Ausbau von Wissensvermittlung durch
    - a) ein als Schule fungierendes öffentliches Gebäude in jeder Ortschaft<sup>5</sup>,
    - b) die Ausbildung von Lehrkräften und einem höheren Gehalt für diese,
    - c) die vorwiegende Vermittlung von Grundkenntnissen für alle Altersklassen;
  3. schlägt vor zu dem Lohn jeder angestellten Frau einen, sich pro eingestellter Frau steigenden, angemessenen Betrag dazu zu steuern;
  4. Gründet ein Gremium zur
    - a) Aus- und Weiterbildung von kompetenten Fachkräften vor Ort,
    - b) Erstellung eines Bildungsrahmenplans,
    - c) finanziellen Unterstützung der Einrichtung von Bildungsräumen<sup>6</sup>;
  5. initiiert eine multimediale Aufklärungskampagne innerhalb der EU zur
    - a) Aufklärung über die humanitäre und ökonomische Problematik vor Ort,
    - b) Information bezüglich des vorhandenen Potenzials der Subsahara-Staaten;
  6. bietet eine finanzielle Unterstützung des PIDA<sup>7</sup> zum Aufbau und Erhalt der Infrastruktur in den Subsahara-Staaten an;
  7. fördert verstärkt den Sekundär- und Tertiärsektor nach einer Stabilisierung des Primärsektors durch
    - a) an Bewerbung gebundene, finanzielle Unterstützung von Unternehmen mit Tätigkeitsvorhaben in den Sekundär- und Tertiärsektoren der Wirtschaft der Subsahara-Staaten,
    - b) den Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur zur verstärkten Weiterverarbeitungsmöglichkeit und einer dadurch wachsenden Menge an afrikanisch-stämmigen Endprodukten auf dem globalen Markt;
  8. fordert die Einführung des 5-Jahre Programmes „Africa 2023“<sup>8</sup> zuständig für:
    - a) für die Regierung der Subsahara-Staaten optionale Assistenzprogramme zu den Themen Selbständigkeit und Unabhängigkeit,
    - b) eine einmalige Subvention für
      - i. Landwirtschaft,
      - ii. afrikanische Firmen,
      - iii. das Programm „Fairtrade“;
  9. wünscht die weitere Implementierung des Pariser Abkommens in den EU-Mitgliedsstaaten zur Lösung von dadurch zusammenhängenden Klimaproblemen in den Subsahara-Staaten;

---

<sup>5</sup> Die Schulen werden ab einer Mindestzahl von Kindern eröffnet, welche von einer Expertenkommission bestimmt wird.

<sup>6</sup> z.B. Schulen

<sup>7</sup> Programme for Infrastructure Development in Africa (= Programm für Infrastruktur und Entwicklung in Afrika der Afrikanischen Union)

<sup>8</sup> bei Bedarf Verlängerung möglich

10. gründet ein Gremium zur Unterstützung der eigenständigen Wiederaufforstung der Wüstenränder in den Subsahara-Staaten;
11. schlägt den Bau von Entsalzungs- und Wasseraufbereitungsanlagen zur
  - a) Bewässerung der Agrarflächen in Küstengebieten,
  - b) Trinkwasserversorgung der Bevölkerung,vor;
12. fordert eine
  - a) grundlegende Überarbeitung der Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den Subsahara-Staaten mit Rücksicht auf die schwächere Wirtschaft der Subsahara-Staaten,
  - b) faire und transparente Durchführung zukünftiger Verhandlungen;
13. bietet kostenlose Hilfestellung für afrikanische Unternehmensberatungen für die
  - a) Vorbereitung auf die
    - i. allmähliche Einstellung,
    - ii. effiziente Nutzung,der Hilfgelder,
  - b) bessere Strukturierung des Unternehmens;
14. gründet ein Gremium zur Ausarbeitung eines Programmes für die Finanzierung der Unternehmensberatung für finanziell schwache Unternehmen;
14. leitet die sukzessive Eindämmung des Klimawandels an den Ausschuss ENVI/ITRE weiter;
15. gründet ein Gremium zur Unterstützung von
  - a) ausgewählten Hilfsorganisationen,
  - b) Einrichtungen zur Unterstützung der Sozialarbeit für Geschlechtergleichberechtigung;
16. appelliert an Nicht-EU-Mitgliedsstaaten zur gemeinsamen Zusammenarbeit hinsichtlich der Unterstützung Afrikas;
17. subventioniert die Expansion europäischer Unternehmen nach Afrika nach Beispiel von bereits vorhandenen Organisationen<sup>9</sup>;
18. leitet die Terrorproblematik in den Subsahara-Staaten an den Ausschuss SEDE weiter;
19. fördert die Unterstützungen und Gründungen von Kliniken und Arztpraxen im erreichbaren Raum
  - a) zur Verbesserung der allgemeinen medizinischen Versorgung in den Subsahara-Staaten,
  - b) mit psychologischen, allgemeinen und speziellen Abteilungen,
  - c) mit vorübergehenden bezahlten, werktätigen und ausbildenden europäischen Ärzten,
  - d) in Zusammenarbeit mit örtlichen Behörden,
  - e) mit finanzieller Unterstützung von 7 Ausbildungsstätten,
  - f) mit kostenlosen Weiterbildungsseminaren;
21. leitet das Einschränken von Waffenexporten in Kriegsgebiete an den Ausschuss INTA weiter;

---

<sup>9</sup> Z.B. unter anderem KFW

22. begrüßt Crowd-Funding und Unterstützungsprogramme<sup>10</sup>, sowie die Informationsverbreitung über deren Existenz und Vorgehensweise zur Förderung von Start-Ups und Markneuzugänge

- a) innerhalb der multimedialen Aufklärungskampagne,
- b) durch Ausstattung der außenpolitischen Behörden mit Informationsmaterial;

24. fördert die Verbesserung und Ausweitung der Transportinfrastruktur

- a) durch die Förderung des ÖPNV und gemeinschaftlichen Verkehrsmitteln,
- b) für die Verbesserung der Anbindung an
  - i. Bildungsstätten,
  - ii. medizinische Versorgungsstätten;

25. fordert eine Zusammenarbeit und Unterstützung mit und von „Transparency International“;

26. verkündet feierlich die Gründung des alle oben genannten Maßnahmen finanzierenden Fonds „MAIA<sup>11</sup>“;

---

<sup>10</sup> wie z.B. i-Hubs

<sup>11</sup> Monetary Assistance Instrument for Africa





## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO)**

Ausschussvorsitz: Ole Jacobsen (Bonn), Julius Papenfuß (Schwerin)

#### **Die Frage nach dem digitalen Fortschritt: *Welche Maßnahmen soll die EU zur Schaffung eines digitalen Binnenmarkts ergreifen? Wie soll mit dem durch die Digitalisierung einhergehenden Arbeitsmarktwandel umgegangen werden?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. an den Wandel durch die Digitalisierung und Technisierung und den daraus folgenden Ersatz vieler Arbeitsplätze erinnernd,
- B. in Anbetracht der Erfordernis umfassender digitaler Kompetenzen beim Großteil aller Berufe, welche jedoch nicht von allen Arbeitstüchtigen aufgewiesen werden können,
- C. alarmiert von der zunehmenden Monopolisierung des digitalen Marktes,
- D. im Bewusstsein der unzureichenden Qualität des Internetzugangs vieler EU-Bürger\*innen,
- E. beunruhigt über die Unterschiede hinsichtlich der digitalen Entwicklung der EU-Mitgliedsstaaten,
- F. besorgt von der Zunahme der Cyberkriminalität,
- G. tief besorgt über den mangelhaften Schutz des Verbrauchers im Internet,
- H. Anstoß nehmend an die durch Geoblocking beeinträchtigte Nutzbarkeit des Internets,
- I. angesichts der vorhandenen Disparitäten in der Gesetzeslage und in den Handelsvoraussetzungen,
  - 1. wünscht im Bereich des nicht digitalisierten Arbeitsmarktes
    - a) die Förderung wichtiger, nicht digital ersetzbare Arbeitsplätze,
    - b) eine Ausweitung digitaler Kompetenzen durch die finanzielle Unterstützung des CEDEFOP<sup>12</sup> und der Europäischen Stiftung für Berufsbildung im Rahmen von langlebigen Fortbildungsmöglichkeiten, unterstützt durch die zugehörigen Unternehmen;
  - 2. hält die Abschaffung des Geoblockings für notwendig und drängt zur sofortigen Umsetzung des EU-Verordnungsentwurfes vom 6. Februar 2018;
  - 3. richtet besondere Aufmerksamkeit auf die Entstehung von neuen Arbeitsplätzen im

---

<sup>12</sup> European Centre for the Development of Vocational Training

Rahmen der Digitalisierung und dem damit einhergehenden Ausgleich des Verlustes anderer Arbeitsplätze;

4. empfiehlt Informatik als Unterrichtsfach EU-weit einzuführen;
5. beschließt eine multimediale Aufklärungskampagne
  - a) über Cyberkriminalität,
  - b) über Möglichkeiten des Einzelnen sich im Internet bestmöglich zu schützen,
  - c) über die Rechte des Nutzers im Internet,
  - d) über Berufsfelder mit geringer bzw. keiner Zukunftsperspektive,
  - e) über die Vorteile der Digitalisierung und damit einhergehenden Zweifelsbildung;
6. schlägt eine Förderung und Ausweitung der Arbeit der ECN<sup>13</sup> und dem DGCOMP<sup>14</sup> in Bezug auch auf den digitalen Binnenmarkt zur Durchsetzung der Artikel 101-109 des EU-Rechts vor;
7. fordert, verweisend auf geltendes EU-Recht auf einen Internetzugang, den Ausbau der Netzinfrastruktur zur Verbesserung und Entwicklung des Europäischen Internetzugangs und dem daraus resultierendem Fortschritt des digitalen Binnenmarktes;
8. befürwortet die Übertragungsgeschwindigkeit des Internets für alle europäischen Regionen zu erhöhen;
9. verweist auf den Ausschuss für Regionale Entwicklung, die finanziellen Disparitäten zwischen Regionen innerhalb der EU als Kernproblem der unterschiedlich schnelle Digitalisierung abzubauen;
10. befürwortet einen stärker gesetzten Fokus auf die mangelnde Sicherheit im Internet
  - a) durch politische Konferenzen zur Cyber Security
  - b) mit einer Entwicklung eines neuen landesweiten Schulprojekts gegen Cyberkriminalität
  - c) durch Erweiterung des EU-weit agierenden Expertenteams;
11. fordert die Erweiterung der EU-weit agierenden Expertenteams für Cyber Security (z.B. ENISA<sup>15</sup> und CERT-EU<sup>16</sup>) und befürwortet deren Zusammenarbeit untereinander;
12. plädiert für ein einheitliches und verstärktes EU Urheberrecht;
13. fordert die Erweiterung der DSGVO<sup>17</sup> hinsichtlich effektiverer und umfassender Sanktionierungen;
14. beschließt die Einrichtung eines Fonds „DIGI<sup>18</sup>“ zur Subventionierung der EU-Mitgliedsstaaten,
15. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

<sup>13</sup> European Competition Network

<sup>14</sup> Directorate-General for Competition

<sup>15</sup> European Network and Information Security

<sup>16</sup> Computer Emergency Response Team

<sup>17</sup> Datenschutz-Grundverordnung

<sup>18</sup> Fonds zur Förderung der **D**igitalen Agenda sowie **I**nformations- und Kommunikationstechnik



## Modell Europa Parlament Berlin; 4. März bis 9. März 2018

### Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

Ausschussvorsitz: Dominik Schumacher (Wiesbaden), Mervan Vural (Berlin)

#### **Die Frage nach dem fairen Handel zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China:**

***Welche Maßnahmen soll die EU ergreifen, um als Einheit eine faire Handelspartnerschaft mit China zu erreichen? Wie soll mit dem steigenden Einfluss Chinas auf die Entwicklung einzelner Mitgliedsstaaten umgegangen werden?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. in Sorge wegen des Dumpings<sup>19</sup> von chinesischen Produkten auf den europäischen Markt,
- B. an unfairen Wettbewerbsvorteilen chinesischer Firmen gegenüber europäischen Firmen Anstoß nehmend,
- C. tief besorgt über die Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft durch die WTO<sup>20</sup>,
- D. in Sorge über die Nichteinhaltung von Menschenrechten bei der Produktion von Waren in China,
- E. besorgt über die komplizierten bürokratischen Vorgänge zur Anmeldung von Patenten der EU-Mitgliedsstaaten in China, sowie häufig auftretende Urheberrechtsverletzungen trotz bestehender Patente,
- F. das Ziel vor Augen ein reziprokes Handelsverhältnis zwischen der EU und der Volksrepublik China zu erstellen,
- G. tief besorgt über den wachsenden politischen Einfluss Chinas in der EU aufgrund der Direktinvestitionen in der EU und der damit verbundenen Abhängigkeit,
  - 1. führt Abgaben von chinesischen Firmen mit Problemen der Einhaltung von Menschenrechten, schlechten Arbeitsverhältnissen und mangelnden Umweltstandards zur Nutzung des Kapitals als Subventionierungen für die nachhaltige Entwicklung chinesischer Firmen ein;
  - 2. fordert eine Offenlegung der Geldquellen ab Erwerb einer von Experten bestimmten Prozentzahl der Stimmrechte bei ausländischen Investitionen in Unternehmen in der EU;
  - 3. fordert eine multimediale Aufklärungskampagne auf EU-Ebene über den massiven Unterschied der Umweltschutzrichtlinien zwischen der Volksrepublik China und der

---

<sup>19</sup> Verkauf von Waren „unter Preis“ d.h. unter einem Referenzpreis

<sup>20</sup> World Trade Organisation

- Europäischen Union und den daraus resultierenden Vorteilen bei der Warenproduktion zur Verringerung des Konsums der unter diesen Bedingungen hergestellten Produkte;
4. setzt eine Aufklärungskampagne zur Informierung von KMUs<sup>21</sup> über ihre Förderungsmöglichkeiten<sup>22</sup>;
  5. gründet das Gremium KEKS<sup>23</sup> zur Gewährleistung einer effizienten Nutzung der EFSI<sup>24</sup>;
  6. gründet feierlich das Gremium LEA<sup>25</sup> zur Kontrolle der Verteilung der Subventionen in OC 5;
  7. appelliert an die WTO<sup>26</sup> für
    - a. eine Verschärfung der Kontrolle der Anerkennungskriterien
    - b. eine Überprüfung des aktuellen marktwirtschaftlichen Status' der Volksrepublik China in Bezug auf eventuell nicht eingehaltene Kriterien;
  8. bestärkt europäische in der Volksrepublik China produzierende Firmen die europäischen Standards, sowie die Menschenrechte für Warenproduktion einzuhalten;
  9. schlägt die Einführung eines Siegels zur Bezeichnung der Übereinstimmung mit Menschenrechten und Umweltschutzrichtlinien vor;
  10. gründet das Gremium ABC<sup>27</sup> zur Verleihung des in OC 9 genannten Siegels;
  11. gründet die Organisation KLAU<sup>28</sup> zur
    - a. Überprüfung des Einhaltens von Patent- und Urheberrechten
    - b. Einführung eines europäisch-chinesischen Patentrechtes
    - c. Beschleunigung der Bearbeitung von Patenten;
  12. fordert weitere Vermittlungsgespräche zwischen der EU und China mit dem Ziel die Konditionen für Firmen in der EU und Investoren in China zu verbessern;
  13. beschließt Firmen bei
    - a. Exporten in die Volksrepublik China,
    - b. Herstellung eines konkurrenzfähigen Pendant zu chinesischen Produkten zu subventionieren;
  14. gründet eine unabhängige Watch-Dog-Organisation (WDO) zur Überprüfung von Zusammenhängen zwischen Direktinvestitionen aus China und politischen Entscheidungen;
  15. fordert jährliche, öffentliche Berichte der WDO;
  16. plädiert für einen engeren Zusammenhalt zwischen EU-Mitgliedstaaten;
  17. gründet den Fond TIMM<sup>29</sup> zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen;
  18. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

<sup>21</sup> Kleine und mittlere Unternehmen

<sup>22</sup> Bsp. Europäischer Fond für Strategische Investition

<sup>23</sup> Kompetentes Ethik Komitee für Subventionen

<sup>24</sup> Europäischer Fond für Strategische Investition

<sup>25</sup> Lichtblick Eines Ausschusses

<sup>26</sup> World Trade Organisation

<sup>27</sup> Anna Boysen Carnicé

<sup>28</sup> Komitee zur Legitimierten Anerkennung von Urheberrechten

<sup>29</sup> Trade International Model Migration



## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Regionale Entwicklung (REGI)**

Ausschussvorsitz: Van Anh Nguyen (Brandenburg), Lea Rieser (Rheinland-Pfalz)

#### **Die Frage nach dem Umgang mit EU-Fördermitteln: *Wie können regionale Fördermittel effizienter genutzt werden, um Disparitäten zwischen Regionen innerhalb der EU erfolgreicher zu verringern?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. angesichts der mangelnden Aufklärung über die Existenz von Fördermitteln und der Beantragung dieser,
  - B. alarmiert von der zu geringen Transparenz bezüglich Verwendung und Verteilung von Fördermitteln,
  - C. in Bewusstsein der teilweise lückenhaften Durchführung der Kriterien von Verwaltungsbehörden,
  - D. die mangelhafte Kontrolle der Vergabe und Verwendung von Fördermitteln in den Regionen beklagend,
  - E. die teils ineffiziente Einsetzung der regionalen Fördermittel bedauernd,
  - F. das Ziel vor Augen länderübergreifende Zusammenarbeit zu stärken,
  - G. in Sorge über die aufwändigen Beantragungswege regionaler Fördermittel,
1. fordert die Auslotung der Zugang zu Informationen erleichternden Wege durch Verwaltungsbehörden zur
    - a) Förderung der Transparenz und Bekanntheit von Finanzierungsmöglichkeiten,
    - b) Begünstigung eines wirksamen Informations- und Wissenschaftsaustauschs mit den Begünstigten;
  2. gründet ein Gremium zur Beratung regionaler Verwaltungsbehörden;
  3. befürwortet die Gründung einer Behörde zur Überwachung der Einhaltung geltender Richtlinien bei der Fördermittelvergabe;
  4. verpflichtet die Empfänger bei stichprobenartiger Nachfrage die Quittierung der spezifischen Nutzung von Fördergeldern offenzulegen;
  5. fordert weitere Aufklärung durch
    - a) multimediale Aufklärungskampagnen
    - b) Workshops über EU-Fördermittel in Bildungsinstitutionen
    - c) besser zugängliche Inhalte für Mobilgeräte
    - d) Umfragen;

6. drängt die Mitgliedsstaaten zu einer verstärkten Akzeptanz durch Kommunikation mit der EU bezüglich nationaler Strategien für regionale Entwicklung;
7. befürwortet den Strukturierten Dialog zur Möglichkeit der Entscheidungsmitverfolgung durch Bürger\*innen;
8. empfiehlt Sanktionen für korruptes Handeln drastisch zu erhöhen;
9. fordert eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Gruppen der Staaten gegen Korruption in Bezug auf GRECO<sup>30</sup> und den regionalen Behörden,
10. fordert die EU-Kommission zur attraktiveren Gestaltung der EU-Kohäsionspolitik auf durch
  - a) weitere Vereinfachungs- und Flexibilisierungsmaßnahmen
  - b) Reduktion der Zahl der Vorschriften;
11. unterstützt die im Arbeitsprogramm 2018 vorgestellte Anhörung der EU-Kommission an ihre Bürger\*innen zur Schaffung von Transparenz in ihren Entscheidungsprozessen;
12. gründet den alle oben genannten Maßnahmen finanzierenden Fond „WoIstLukas<sup>31</sup>“,
13. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

<sup>30</sup> Eine 1999 gegründete Staatengruppe des Europarats, die sich auf die Bekämpfung der Korruption spezialisiert hat (49 Mitgliedsstaaten). Neben den 48 europäischen ist auch die USA Mitglied

<sup>31</sup> WirtschaftsOrganisation Internationaler Staaten Langlebiger Unternehmer mit Keineswegs Außergewöhnlichen Steuersätzen



## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)**

Ausschussvorsitz: Nils Hayn (Hamburg), Jonah Hiegl (Wiesbaden)

#### **Die Frage nach der europäischen Strategie gegen Steuerflucht: *Welche Konsequenzen sind aus den Panama-Papers zu ziehen und wie soll eine europäische Vorgehensweise gegen Steuerflucht von Unternehmen aussehen?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. Besorgt über das Auftreten immenser finanzieller Schäden innerhalb der EU verursacht durch
    - a) Bildung und Nutzung neuer Steueroasen
    - b) Steuerflucht,
  - B. Zur Kenntnis nehmend, dass die EU-weite Koordination in Finanzfragen angesichts vieler verschiedener Finanzministerien teilweise verbesserungswürdig ist,
  - C. Wünschend von gemeinsamen angepassten Steuerrichtlinien der Körperschaftssteuer,
  - D. Angesichts einer ungenügenden Überwachung der Banken,
  - E. Besorgt über die Blockadehaltung und mangelnde Kooperationsbereitschaft diverser EU-Mitgliedsstaaten
    - a) bezüglich Maßnahmen gegen Steuerflucht
    - b) angesichts des mangelnden Informationsaustauschs zuständiger Behörden,
  - F. Anstoßnehmend an die Enthüllung der Panama Papers und die dadurch aufgedeckten Briefkastenfirmen und Korruptionsfälle bis selbst in höchsten Führungskreisen,
  - G. Besorgt über die mangelnde Effizienz der Strafverfolgung von Steuervergehen über Steueroasen weltweit,
  - H. Das Ziel vor Augen durch klare Richtlinien (z.B. Schwarze Liste) das Gründen von Steueroasen zu erschweren oder das weitere Bestehen zu verhindern,
  - I. Angesichts des durch viele unterschiedliche Steuersysteme innerhalb der EU hervorgerufenen
    - a) Fehlenden Überblicks für die Finanzbehörden
    - b) Möglichkeit der Nutzung aggressiver Steuerplanung
    - c) erhöhten Bürokratieaufkommens,
1. unterstützt die Definition von Steueroasen<sup>32</sup> der OECD,
  2. befürwortet die Zusammenlegung der bereits in der EU liegenden finanziellen Kompetenzen in einem europäischen Finanzministerium zur
    - a) Repräsentation europäischer Finanzinteressen
    - b) Koordination der innereuropäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik

---

<sup>32</sup> Gebiete und Länder, die keine oder besonders niedrige Steuern auf Einkommen oder Vermögen erheben und dadurch als Standort für Unternehmen attraktiv sind

- c) Überwachung von Steueroasen zur Vermeidung von Intransparenz
  - d) regelmäßige Treffen zur Garantie der Einhaltung der Steuerpolitik;
3. beschließt festgelegten Steueroasen innerhalb der EU angemessene Subventionen zu streichen;
  4. hält es für notwendig eine staatenunabhängige Instanz zur präziseren Überwachung von Steueroasen zu unterstützen;
  5. beschließt einen Ausbau des einheitlichen Bankenmechanismus um die Aufsicht privater Banken sowie die Verbesserung vorhandener Aufsichten zur Effizienzsteigerung;
  6. verkündet feierlich die Gründung eines Gremiums, welches unter dem neu gegründeten EU-Finanzministerium operiert, zur
    - a) besseren Abstimmung der internationalen Steuersysteme zur Vermeidung von Bürokratie
    - b) Unterbindung der durch Doppelbesteuerungsabkommen hervorgerufenen Steuerschlupflöcher;
  7. begrüßt die Einführung von Arbeitsgruppen in den Finanzämtern der EU-Mitgliedsstaaten zur besseren Kooperation, Koordination und Kommunikation;
  8. fordert eine Steuerflucht Klausel nach Beispiel Dänemarks zur
    - a) Vermeidung von Steuerflucht und anderen Arten der Steuerumgehung
    - b) Einführung einer Klausel über das Doppelbesteuerungsabkommen also Verhinderung bestimmter Formen der Steueroptimierung;
  9. fordert verschärfte Kriterien für die Streichung von der schwarzen Liste;
  10. empfiehlt eine höhere Investition in Attraktivität des Berufs und Ausbildungsprogramme von Steuerbeamten welche auch im neugegründeten EU-Ministerium arbeiten können und es somit effizienter und effektiver machen;
  11. plädiert für eine Einhaltung des Vorladungsrechts für Untersuchungsausschüsse;
  12. begrüßt die Verbesserung und Verpflichtung zu den bereits vorhandenen Richtlinien für Steuerstandort und Steuerkennzeichnung;
  13. fordert die vollständige Straffreiheit in der EU für Whistleblower bezüglich der Weitergabe und Veröffentlichung geheimer Informationen über kriminelle Tätigkeiten im Zusammenhang mit Steuerflucht;
  14. fordert die einzelnen EU-Mitgliedsstaaten auf, zu prüfen, inwiefern Anpassungen der nationalen Steuergesetzgebungen zur Verhinderung von Steuerumgehungen führen könnten;
  15. empfiehlt bei einer auffällige Anzahl von Briefkastenfirmen in Steueroasen eine Untersuchung des neugegründeten EU-Finanzministeriums einzuleiten und bei Entdeckung illegaler Benutzung dieser Druck auszuüben durch folgende Maßnahmen
    - a) Abzug von geplanten und laufenden Subventionen
    - b) Eintrag in die schwarze Liste
    - c) Reizung der diplomatischen Beziehungen;
  16. richtet den Fond PPAP<sup>33</sup> zur Finanzierung aller oben genannten Maßnahmen ein;
  17. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

<sup>33</sup> Panama Papers Active Punishment





## **Modell Europa Parlament** **Berlin; 4. März bis 9. März 2018**

### **Ausschuss für Sicherheit und Verteidigung (SEDE)**

Ausschussvorsitz: Arian Rashidi (Hannover), Jan Ole Suhr (Kiel)

#### **Die Frage nach der militärischen Zukunft der EU: *Wie sollte eine verstärkte militärische Kooperation der europäischen Staaten unter Berücksichtigung der militärischen Souveränität, der machtpolitischen Folgen und dem Einfluss auf die Militärstrukturen der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten aussehen?***

Das Modell Europa Parlament,

- A. im Wissen der möglichen Folgen einer Aufrüstung der EU-Mitgliedsstaaten, wie
  - a) empfundene Provokation von Drittstaaten,
  - b) verstärktes globales Wettrüsten,
- B. beunruhigt über
  - a) mögliche Konflikte mit der NATO,
  - b) die hohe Abhängigkeit von der NATO,
- C. tief besorgt über die häufige Uneinigkeit der PESCO-Staaten in Bezug auf militärische Konflikte und die daraus resultierende verlangsamte Reaktionsgeschwindigkeit,
- D. besorgt über die ungeklärte Verteilung der Macht der EU-Mitgliedsstaaten und das zu klärende Kommando über den Besitz und den Einsatz von Atomwaffen,
- E. im Wissen der
  - a) militärischen Souveränität der EU-Mitgliedsstaaten,
  - b) Nichtverpflichtung einer Partizipation an einem bestehenden Militärbündnis der EU,
- F. im Wunsch die Problematik der PESCO über die
  - a) Uneinigkeit der Einsatzbereiche
  - b) Fragen der Kommunikation
  - c) Rolle in einem innereuropäischen Konfliktzu lösen,
- G. in Kenntnis der Konkurrenz zwischen den Ausrüstern und den daraus resultierenden unterschiedlichen Standards und unterschiedlichen Waffensystemen innerhalb der EU,
- H. mit Rücksicht auf die Grundsätze der EU und unter Hinweis auf die Interessen der Bevölkerung und die Notwendigkeit der Zustimmung der Bevölkerung,
- I. mit Rücksicht auf die beschränkten Ressourcen einzelner EU-Staaten
- J. mit Rücksicht auf Probleme hinsichtlich der unterschiedlich ausgeprägten Infrastrukturen und unterschiedlichen großen Beitragsmöglichkeiten der EU-Mitgliedsstaaten,
- K. in Anbetracht fehlender Gremien

1. fordert den Europäischen Rat auf, Abkommen zu gegenseitigen Rüstungskontrollen<sup>1</sup> mit Drittstaaten auszuhandeln;
2. appelliert an die EU-Mitgliedsstaaten vermehrt Abkommen zur Rüstungskontrolle zu schließen;
3. beauftragt den Militärausschuss mit der Gründung einer regelmäßigen Konferenz XY zum Austausch über Erkenntnisse aus Rüstungskontrollabkommen;
4. betont die nicht vorhandene Konkurrenz zwischen der PESCO und der NATO;
5. drängt auf die Beauftragung eines Krisenstabs mit der Erstellung eines Notfall-Verhaltensplans für den Fall von Uneinigkeiten zwischen der NATO und der PESCO
6. betont die Verstärkung des Einflusses der EU-Mitgliedsstaaten durch Aufbau der militärischen Stärke der NATO-Mitgliedsstaaten in der EU zur Verringerung der Abhängigkeiten der NATO;
7. ruft die PESCO-Staaten zur Demonstration von
  - a) Einigkeit
  - b) höherer Kompromissbereitschaft
  - c) schnellere Entscheidungsfindung hinsichtlich Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten bei militärischen Konflikten;
8. beruft ein Gipfeltreffen ein
  - a) zur Klärung des Verhältnisses der EU zu Atomwaffen
  - b) des Status von Atommächten in der EU;
9. bietet neutralen Staaten an, sich nach Wunsch an bestehenden Verteidigungsstrukturen zu beteiligen<sup>34</sup>
10. empfiehlt die entsprechende Verteilung der PESCO-betreffenden Themengebiete innerhalb der PESCO;
11. fordert die EU zur Schließung eines Vertrags zur Einführung einheitlicher Standards im Militär auf für
  - a) gleiche Waffensysteme
  - b) einheitliche Ausrüstung
  - c) einheitliches Training der Soldaten.
12. bestärkt die EU in der Einhaltung der Standards;
13. zieht eine Subvention an einheitliche Standards einhaltende Unternehmen in Betracht;
14. bittet um eine dem Lebensstandard des Landes angepasste Bezahlung des militärischen Personals;
15. Drängt zur
  - a) Verminderung der Differenzen zwischen den Infrastrukturen der EU-Mitgliedsstaaten,
  - b) Staffelung der Beiträge der EU-Mitgliedstaaten unter Beachtung der zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen und militärischen Mittel der einzelnen EU- Mitgliedstaaten;

---

<sup>1</sup> Verschiedene Gutachter aus diversen Staaten würden diese Kontrollen durchführen.

<sup>34</sup> neutrale Länder müssen nicht aktiv in die militärischen Handlungen eingreifen

16. Hält ein Gremium für die Beurteilung des Ressourcenbedarfs einzelner EU-Mitgliedstaaten für notwendig;
17. Erweitert den europäischen Ministerrat mit folgenden Aufgaben:
  - a) Koordination gemeinsamer Einsätze,
  - b) Schlichtung von Konflikten von PESCO;
18. initiiert eine multimediale Aufklärungskampagne zur militärischen Integration der EU;
19. bekennt sich zu völkerrechtlich geschlossenen Verträgen der EU bezüglich des Friedens und den Menschenrechten;
20. empfiehlt die Gründung eines militärischen Oberkommandos der EU mit Zuständigkeit für präventive als auch für akute Einsätze bei für die EU brisanten, wirtschaftlich oder politisch gefährdenden Situationen;
21. gründet den alle oben genannten Maßnahmen finanzierenden Fonds „AK“<sup>35</sup>;
22. fordert das Präsidium auf, die Resolution an das Europäische Parlament, die Kommission und den Ministerrat weiterzuleiten.

---

<sup>35</sup> Alles käuflich